



Niederschrift 20. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Sitzungstermin:	Dienstag, 16.11.2010
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:37 Uhr
Ort, Raum:	Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Frau Jana Schulze	DIE LINKE	Sitzungsleitung
-------------------	-----------	-----------------

Ausschussmitglieder

Frau Dr. Gabriele Herzel	DIE LINKE	
Frau Heike Judacz	SPD	anwesend bis 19:50 Uhr
Frau Christina Wolf	SPD	anwesend ab 18:10 Uhr
Herr Martin Kühn	Bündnis 90/Die Grünen	

sachkundige Einwohner

Frau Angela Basekow	SPD	anwesend von 18:10 bis 19:30 Uhr
Herr Ronny Besancon	DIE LINKE	
Herr Uwe Fröhlich	Grüne/B90	
Herr Wolfgang Günther	SPD	anwesend ab 18:05 Uhr
Herr Jörg Jutzi	DIE LINKE	
Herr Björn Karl	FDP	
Herr Wolfgang Puschmann	Seniorenbeirat	
Herr Jan-Peter Schmarje	Behindertenbeirat	
Frau Olga Schummel	Migrantenbeirat	

Fraktion CDU/ANW

Herr Peter Schultheiß	CDU
-----------------------	-----

Beigeordnete

Frau Elona Müller	Beigeordnete Soziales, Jugend, Gesun- dheit
-------------------	---

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Maike Dencker	CDU	entschuldigt
Frau Franziska Schneider	Familienpartei	entschuldigt

sachkundige Einwohner

Herr Michael Nickel	CDU/ANW	entschuldigt
---------------------	---------	--------------

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 26.10.2010 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 2 Informationen der Verwaltung
- 3 Berichte aus den Beiräten
- 4 Wohnen in Potsdam
- 4.1 Informationen über den Wohnungsmarkt der Landeshauptstadt Potsdam 2009
(Wohnungsmarktbericht 2009)
Vorlage: 10/SVV/0844
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
- 4.2 Ankauf von Belegungsrechten für Wohnungen
Vorlage: 10/SVV/0806
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
- Wiedervorlage -
- 4.3 Ökologischer Mietspiegel
Vorlage: 10/SVV/0908
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
- 4.4 Auswertung der Umfrage zur Wohnungssituation Studierender
- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 5.1 Ergebnisse zum Bürgerhaushalt 2011 "Liste der Bürgerinnen und Bürger"
Vorlage: 10/SVV/0920
- 5.2 Bürgerhaushalt Potsdam
Neuaufgabe Beteiligungskonzept Bürgerhaushalt Potsdam
Vorlage: 10/SVV/0887
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der StVV und Beigeordneter

- für Zentrale Steuerung und Service
mit Änderungsantrag der Fraktion Grüne/B90
- 5.3 Quartiersfonds zur Ergänzung des Bürgerhaushalts
Vorlage: 09/SVV/0536
Stadtverordnete Grimm, Herzberg und Boede, Die Andere
- 5.4 Finanzielle Mittel zur Umsetzung des Bürgerhaushalts
Vorlage: 10/SVV/0861
Gruppe Die Andere
- 5.5 Bürgerhaushalt weiterentwickeln
Vorlage: 10/SVV/0865
Fraktion SPD
- 5.6 Lebensmittelhygiene
Vorlage: 10/SVV/0642
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- Wiedervorlage -
- 5.7 Essensversorgung
Vorlage: 10/SVV/0829
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 5.8 Anliegen von Potsdamer Flüchtlingen
Vorlage: 10/SVV/0877
Fraktion DIE LINKE
- 6 Informationen der Ausschussmitglieder / Termine

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Schulze.

zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 26.10.2010 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Zu Beginn der Sitzung sind 5 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend.
Somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

Bestätigung des Protokolls vom 26.10.2010

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 1

*Dem Protokoll wird zugestimmt.***Bestätigung der Tagesordnung:**

Frau Schulze teilt mit, dass der Antrag 10/SVV/0642 – Lebensmittelhygiene (Tagesordnungspunkt 5.6) durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bis Januar 2011 zurückgestellt wird.

Bezüglich der Drucksachen zu den Tagesordnungspunkten 5.1 bis 5.5 (Bürgerhaushalt) stellt Frau Schulze fest, dass der Ausschuss für Gesundheit und Soziales sachlich und fachlich aus ihrer Sicht nicht zuständig ist. Die Liste der Bürgerinnen und Bürger enthält keinen für den Ausschuss für Gesundheit und Soziales relevanten Vorschlag. Sie schlägt vor, den gesamten Tagesordnungspunkt zur Kenntnis zu nehmen.

Bezüglich des Antrags 10/SVV/0829 (Essensversorgung) zum Tagesordnungspunkt 5.7 fragt Frau Schulze die antragstellende Fraktion, ob die Drucksache vertagt oder beraten werden soll, da auf Bundesebene noch keine Entscheidung getroffen ist und somit noch nicht absehbar ist, welche Auswirkungen das Bildungsgutscheinsystem hat.

Herr Kühn bittet um Behandlung des Antrages in der heutigen Sitzung.

Frau Schulze bittet um Abstimmung darüber, dass die Tagesordnungspunkte 5.1 bis 5.5 von Tagesordnung genommen werden, da diese nicht in die Zuständigkeit des Ausschusses fallen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

Anschließend bittet Frau Schulze um Abstimmung über die Vertagung der Drucksache 10/SVV/0642 - Lebensmittelhygiene (Tagesordnungspunkt 5.6)

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

Herr Fröhlich bittet, den Antrag 10/SVV/0877 - Anliegen von Potsdamer Flüchtlingen (Tagesordnungspunkt 5.8) zu vertagen, da der Migrantenbeirat diesen erst am 18.11.2010 berät.

Frau Müller schlägt vor, den Antrag zu beschließen und die Ergebnisse des Migrantenbeirat in die dann zu erstellende Mitteilungsvorlage einzuarbeiten.

Frau Schulze bittet um Abstimmung über die Vertagung der Drucksache 10/SVV/0877.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 3

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 3

Der Vertagung wird zugestimmt.

Abschließend bittet die Ausschussvorsitzende um Abstimmung über die so geänderte Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

Der geänderten Tagesordnung wird zugestimmt.

Frau Schulze begrüßt Frau Wolf und Herr Günther als neue Mitglieder des Ausschusses.

Beide stellen sich dem Ausschuss vor.

zu 2 Informationen der Verwaltung

Frau Müller stellt Frau Latacz-Blume vor, die seit dem 15.11.2010 den Fachbereich Soziales, Gesundheit und Umwelt leitet.

Frau Latacz-Blume stellt sich dem Ausschuss vor.

Ausführungsgesetz zum SGB XII

Frau Müller informiert, dass das Ausführungsgesetz zum SGB XII in Kraft getreten ist. Damit ist die Landeshauptstadt Potsdam für die Eingliederungshilfe, Hilfe zur Pflege und Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten zuständig. Die Stadtverwaltung ist im Sinne der betroffenen Menschen froh darüber.

Frau Basekow betont, dass es wichtig ist zu schauen, welche Sachbearbeiter dafür ggf. zusätzlich einzustellen sind. Da auf die Landeshauptstadt Potsdam ein hoher Bearbeitungsstand zukommt. Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales sollte an dieser Stelle die Verwaltung unterstützen.

Frau Schulze schließt sich dem an. Dieses Thema sollte unbedingt in der Haushaltsdiskussion berücksichtigt werden.

Aufsuchende Sozialarbeit

Frau Müller informiert, dass die Ausschreibung erfolgt und die Submission stattgefunden hat. Nach Prüfung und Bewertung erhielt CRESO (creative Sozialarbeit gGmbH) den Zuschlag. Die Vertragsunterzeichnung erfolgt in diesen Tagen. Die nicht bewerteten oder nicht erfolgreichen Bieter sind inzwischen informiert. Leistungsbeginn wird der 01.12.2010 sein. Die Laufzeit beträgt 2 Jahre. Frau Müller schlägt vor, dass sich der Träger in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Gesundheit und Soziales vorgestellt.

Frau Schulze schlägt vor, den Träger zur Januar-Sitzung in den Ausschuss für Gesundheit und Soziales einzuladen.

Die Ausschussmitglieder signalisieren ihr Interesse an einer Vorstellung.

Frau Schulze fragt, ob die Arbeit nach zwei Jahren evaluiert wird.

Frau Müller erklärt, dass die Evaluation parallel laufen wird. Ein erster Zwischenbericht kann Ende 2011 im Ausschuss gegeben werden.

Neuordnung der Aufgabenwahrnehmung im SGB II

Frau Müller weist darauf per Beschluss der Stadtverordnetenversammlung die PAGA ab dem 01.01.2011 in eine gemeinsame Einrichtung gemäß § 44b SGB II überführt wird. Es wird dann auch eine neue Organisation der Trägerversammlung geben.

In der Trägerversammlung sind Vertreter der Agentur für Arbeit und des kommunalen Trägers je zur Hälfte vertreten. Das bedeutet, dass nach der jetzigen gesetzlichen Grundlage je drei Mitglieder der Agentur für Arbeit und der Kommune in der Trägerversammlung sind.

Die Trägerversammlung entscheidet über organisatorische, personalwirtschaftliche, personalrechtliche und personalvertretungsrechtliche Angelegenheiten der gemeinsamen Einrichtung.

Ein kommunalpolitischer Vertreter ist in der Trägerversammlung nicht mehr angedacht.

Frau Müller bittet zu signalisieren, wie damit umgegangen werden soll.

Dadurch, dass Landeshauptstadt Potsdam den Geschäftsführer stellt, liegt der Vorsitz der Trägerversammlung bei der Agentur für Arbeit.

Die Verwaltung sagt zu, nach jeder Sitzung der Trägerversammlung in der darauf folgenden Sitzung des Ausschuss für Gesundheit und Soziales über die Themen und Beschlüsse zu informieren.

Frau Basekow würde es begrüßen, wenn ein Stadtverordneter aus dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales in die Trägerkonferenz gehen könnte.

Herr Fröhlich befürwortet das grundsätzlich, wenn dadurch nicht eine Schwächung der Geschäftsführung erfolgt.

Frau Müller erklärt, dass die LHP den Geschäftsführer stellt. Somit stellt die Agentur für Arbeit den Vorsitz bei der Trägerversammlung. Die Anzahl der Vertreter in der Trägerversammlung ist paritätisch.

Vor dem Hintergrund stimmt Herr Fröhlich dem Vorschlag von Frau Basekow zu.

Antrag:

Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales beauftragt die Beigeordnete für Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz, sich dafür einzusetzen, dass der Ausschuss für Gesundheit und Soziales einen Vertreter / eine Vertreterin der Stadtverordnetenversammlung in die Trägerversammlung entsenden darf.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5

Ablehnung: 0

Stimmhaltung: 1

Dem Antrag wird zugestimmt.

zu 3 **Berichte aus den Beiräten**

Seniorenbeirat

Herr Puschmann informiert über die 2. Seniorensportspiele am 27.10.2010, die auch 2011 fortgesetzt werden. Es ist bereits eine Auswertung der Veranstaltung erfolgt, bei der es auch Überlegungen gab, was im nächsten Jahr verändert werden kann. Die nächsten Seniorensiele sollten in der Sporthalle an der Heinrich-Mann-Allee mit einer Einbindung der Sportvereine durchgeführt werden.

Herr Puschmann teilt mit, dass die Broschüre „Gesund alt werden“ am 16.11.2010 in den Druck gegeben wurde. Die Druckkosten werden zum großen Teil von Sponsoren übernommen.

Abschließend informiert er über die Seniorendelegiertenkonferenz am 11.11.2010, auf der Frau Müller das Hauptreferat gehalten hat, welches sehr gut angekommen ist.

Frau Schulze bittet den Seniorenbeirat zu überlegen, ob zu den Delegiertenkonferenzen auch die Fraktionen eingeladen werden können.

Sie bitte Frau Müller, die Folien ihres Vortrages auf der Seniorendelegiertenkonferenz als Anlage zum Protokoll den Mitgliedern des Sozialausschusses zur Verfügung zu stellen.

Frau Müller sagt dies zu.

Frau Basekow lobt die Arbeit des Seniorenbeirates und macht deutlich, dass dies nicht selbstverständlich ist.

Frau Dr. Herzel schließt sich dem an.

Herr Puschmann weist darauf hin, dass durch das Land ein Maßnahmenpaket zu seniorenpolitischen Leitlinien erarbeitet wird.

Migrantenbeirat

Frau Schummel informiert, dass der Migrantenbeirat in diesem Monat noch nicht getagt hat.

Sie berichtet über den Landesintegrationsrat und teilt mit, dass am 15.12.2010 ein Treffen aller Migrantenorganisationen der LHP, kombiniert mit einer Weihnachtsfeier, stattfindet. Sie richtet an die Fraktionen die Bitte, die Weihnachtsfeier des Asylbewerberheimes mit essbaren zu unterstützen. Dazu kommt noch ein entsprechendes Anschreiben an die Fraktionen.

Behindertenbeirat

Herr Schmarje informiert, dass die Vorbereitungsgruppe für das Netzwerk für Behinderte getagt hat. Es gab Vorabstimmungen für die Auftaktveranstaltung, die im Januar 2011 stattfinden wird.

zu 4 Wohnen in Potsdam

zu 4.1 Informationen über den Wohnungsmarkt der Landeshauptstadt Potsdam 2009 (Wohnungsmarktbericht 2009)

Vorlage: 10/SVV/0844

Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 4.2 Ankauf von Belegungsrechten für Wohnungen
Vorlage: 10/SVV/0806
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
- Wiedervorlage -
Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:
Zustimmung:
Ablehnung:
Stimmenthaltung:

zu 4.3 Ökologischer Mietspiegel
Vorlage: 10/SVV/0908
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 4.4 Auswertung der Umfrage zur Wohnungssituation Studierender
Die Information wird zur Kenntnis genommen.

zu 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 5.1 Ergebnisse zum Bürgerhaushalt 2011 "Liste der Bürgerinnen und Bürger"
Vorlage: 10/SVV/0920

zu 5.2 Bürgerhaushalt Potsdam
Neuaufgabe Beteiligungskonzept Bürgerhaushalt Potsdam
Vorlage: 10/SVV/0887

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der StVV und Beigeordneter für Zentrale Steuerung und Service
mit Änderungsantrag der Fraktion Grüne/B90

zu 5.3 Quartiersfonds zur Ergänzung des Bürgerhaushalts

Vorlage: 09/SVV/0536

Stadtverordnete Grimm, Herzberg und Boede, Die Andere

zu 5.4 Finanzielle Mittel zur Umsetzung des Bürgerhaushalts

Vorlage: 10/SVV/0861

Gruppe Die Andere

zu 5.5 Bürgerhaushalt weiterentwickeln

Vorlage: 10/SVV/0865

Fraktion SPD

zu 5.6 Lebensmittelhygiene

Vorlage: 10/SVV/0642

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- Wiedervorlage -

Der Antrag wird zurückgestellt..

zu 5.7 Essensversorgung

Vorlage: 10/SVV/0829

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Kühn bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Frau Müller führt aus, dass das Bildungspaket lediglich vom Kabinett, aber noch nicht durch den Bundesrat beschlossen ist. Sie weist darauf hin, dass das Bildungspaket sich auf jährlich 250 Euro beläuft. Das gesamte Verfahren ist bisher nicht ausgereift. Es soll ein Antragsverfahren mit einem Verwaltungsakt geben. Hier ist überhaupt nicht klar, wie dies realisiert werden soll.

Herr Fröhlich fragt, wie das Finanzierungsrisiko abgeschätzt wird.

Das Anliegen sollte im Blick behalten werden und in der Haushaltsberatung 2011

berücksichtigt werden.

Frau Müller erklärt, dass in den Kindertagesstätten täglich pro Tag und Kind 1,75 Euro Essenbeitrag direkt an den Träger zu entrichten ist. Auch heute gibt es bereits die Möglichkeit, einen Antrag auf Befreiung vom Essengeld zu stellen.

Sie weist darauf hin, dass es sich hier um eine freiwillige Leistung handelt, die möglicherweise die Genehmigung des Haushaltes gefährden könnte, da Potsdam eine HSK-Gemeinde ist.

Frau Schulze macht deutlich, dass das Anliegen des Antrages löblich, die Umsetzung aber aus ihrer Sicht schwierig ist. Sie weist auch auf die sehr unterschiedlichen Betreuungsformen im Kita-Bereich hin.

Sie fragt, welche Möglichkeiten es in der Landeshauptstadt Potsdam gibt, eine Reduzierung oder Befreiung vom Essengeld vorzunehmen.

Frau Müller weist darauf hin, dass gemäß § 90 Abs. 2 Nr. 1a SGB VIII der Träger der öffentlichen Jugendhilfe auf Antrag, analog der Befreiung von den Elternbeiträgen, das Essengeld ganz oder teilweise erlassen und selbst übernehmen kann, wenn die Belastung für den Antragsteller nicht zumutbar ist.

Sie macht auch deutlich, dass kein Kind in einer Kita hungern muss. Dies wird innerhalb der Kita durch den Träger geregelt.

Herr Schultheiß verweist auf das bereits bestehende Haushaltsdefizit. Er kann dem Antrag so nicht zustimmen.

Frau Wolf fragt, wie die bisherige Regelung in Anspruch genommen wird.

Frau Stooß (FB Kinder, Jugend und Familie) erklärt, dass die Inanspruchnahme der Regelung sehr gering ist.

Frau Schulze bittet um die genaue Zahl der Inanspruchnahme bis zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 25.11.2010, da dort der Antrag ebenfalls behandelt wird.

Herr Kühn begründet nochmals den vorliegenden Antrag. Das Modell in der Schulspeisung ist aus seiner Sicht eins zu eins im Kita-Bereich umzusetzen.

Er stellt den Antrag bis zur nächsten Sitzung des GS-Ausschusses zurück.

Nach seiner Kenntnis ist bei den Eltern nicht bekannt, dass es die Möglichkeit der Befreiung vom Essengeld bereits gibt. Dies ist aus seiner Sicht unredlich. Er bittet um Information, wie die bestehende Regelung durch Träger und Stadt den Eltern vermittelt wird und durch welchen Bereich die Kosten getragen werden und wer das bearbeitet.

Frau Müller macht deutlich, dass das Bildungspaket jährlich 250 Euro beträgt und für Kultur, Bildung, Sport zur Verfügung gestellt wird. Die Eltern haben ein Wahlrecht, wofür sie diese Mittel einsetzen. Dies kann z. B. auch für die Beiträge für einen Sportverein sein.

Sich auf den Einsatz der Mittel für Essengeld zu beschränken, würde eine Einschränkung des Wahlrechtes der Eltern bedeuten.

Der Antrag wird zurückgestellt.

zu 5.8 Anliegen von Potsdamer Flüchtlingen
Vorlage: 10/SVV/0877
Fraktion DIE LINKE

Der Antrag wird zurückgestellt.

zu 6 Informationen der Ausschussmitglieder / Termine

Frau Schulze informiert, dass die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 14.12.2010 in Abstimmung mit Herrn Jutzi in der Suppenküche der Volkssolidarität durchgeführt werden könne. Es könne ab 17:30 Uhr die Besichtigung der Suppenküche und ab 18:00 Uhr die ordentliche Sitzung stattfinden.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

**Nächster Ausschuss für Gesundheit und Soziales:
14. Dezember 2010, 18:00 Uhr in der Suppenküche der Volkssolidarität, Fr.-
Ebert-Straße 79/81, Bürocontainer 2**